



**N I E D E R S C H R I F T**

**zum öffentlichen Teil**

**der 21. Sitzung des Ortsbeirates Cotta (OBR Co/021/2017)**

**am Donnerstag, 5. Januar 2017,**

**18:00 Uhr**

**im Ortsamt Cotta, großer Sitzungssaal, 2. Etage, Raum 201,  
Lübecker Straße 121, 01157 Dresden**

**Beginn der Sitzung:** 18:00 Uhr  
**Ende der Sitzung:** 19:40 Uhr

**Anwesend:**

Vorsitzende

Irina Brauner

Mitglied Liste CDU

Ralf Gersdorf

Christine Hartmann

Christoph Höpfner

Torsten Nitzsche

Monika Schiemann

Mitglied Liste DIE LINKE

Uwe Baumgarten

Barbara Behncke

Marlis Goethe

Heike Krause

Julia Schreiber

Mitglied Liste Bündnis 90/Die Grünen

Georg Jänecke

Anne Lehmann

Mitglied Liste SPD

Henrik Ahlers

Andreas Barth

Mitglied Liste Alternative für Deutschland

Peter Berauer

Hans-Joachim Klaudius

Mitglied Liste PIRATEN

Jan Reißig

Mitglied Liste NPD

Elke Opitz

Stellvertretende Mitglieder

Christoph Blödner

Frank Heinrich

Vertretung für Herrn Holger Hase

Vertretung für Herrn Dr. Maik Peschel

**Abwesend:**

Mitglied Liste CDU

Dr. Maik Peschel

Mitglied Liste Bündnis 90/Die Grünen

Alexander Bigga

Mitglied Liste FDP

Holger Hase

Stellvertretende Mitglieder

Sebastian Manzke

Vertretung für Herrn Alexander Bigga

**Verwaltung:**

Herr Schmidt

Herr Dr. Ullrich

Abt. Verkehrsplanung im SPA

Abt. Kommunaler Umweltschutz im Umweltamt

**Gäste:**

**Schriftführer/-in:**

Frau Marbach

# T A G E S O R D N U N G

## Öffentlich

- 1 Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Anträge und Vorlagen zur Beratung und Berichterstattung an die Gremien des Stadtrates
- 2.1 Radverkehrskonzept der Landeshauptstadt Dresden **V1252/16  
beratend**
- 3 Mündliche Information zum Sachstand Plan Hochwasservorsorge
- 4 Informationen, Hinweise und Anfragen - aktuelle Informationen zum Thema Asyl

**öffentlich****1 Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Bestätigung der Tagesordnung**

Die Ortsamtsleiterin begrüßt die Damen und Herren Ortsbeiräte zur ersten Sitzung im neuen Jahr und wünscht allen alles Gute für selbiges. Sie stellt die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest und eröffnet die Sitzung.

Die Tagesordnung wird einstimmig bestätigt. Zur Niederschrift der 20. Sitzung gibt es keine Hinweise oder Einwendungen.

**2 Anträge und Vorlagen zur Beratung und Berichterstattung an die Gremien des Stadtrates****2.1 Radverkehrskonzept der Landeshauptstadt Dresden****V1252/16  
beratend**

Die Ortsamtsleiterin übergibt Herrn Schmidt, Abteilung Verkehrsplanung des Stadtplanungsamtes, das Wort zur Vorstellung der Vorlage.

Herr Schmidt erläutert das Radverkehrskonzept. Einführend stellt er die chronologische Folge seines Entstehens dar. Neben dem besonderen Handlungsbedarf bezüglich der Verkehrssicherheit sei die Entwicklung eines Haupttroutennetzes (829 km) ebenso Ziel wie die Einrichtung von Fahrradstellplätzen im Bereich Bike & Ride sowie die Wegweisung und Verknüpfung der Verkehrsträger.

Nach ersten Kostenschätzungen würden für die vorgesehenen Maßnahmen im Haupttroutennetz 44,64 Millionen Euro benötigt, die laufenden Kosten würden ca. 1.4 Millionen Euro betragen. Ziel sei es, das vorliegende Konzept im März 2017 dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen.

Herr Ahlers befürwortet das Radverkehrskonzept und die damit verbundenen Verbesserungen, speziell die Unfallschwerpunkte betreffend. Unverständlich erscheint ihm in diesem Zusammenhang jedoch die gleichzeitige Einschränkung der Umsetzung, durch den Beschlusspunkt 2 der Vorlage.

Durch den Stadtrat wurden in der Zwischenzeit zusätzliche Stellen für die Radverkehrsplanung bewilligt, so Herr Schmidt. Dies war bei der Erarbeitung der Vorlage noch nicht absehbar, so dass der Beschlusspunkt zwei in der vorliegenden Form überholt sei.

Herr Baumgarten möchte wissen, ob es bei der Erarbeitung der Vorlage eine Zusammenarbeit mit dem ADFC gab.

Der ADFC war von Beginn an in die Erarbeitung einbezogen. 240 Punkte wurden durch den ADFC zur Überprüfung benannt, von denen eine Vielzahl in das Konzept einfließen, erklärt Herr Schmidt.

Herr Blödner möchte wissen, in welchem Zeitraum das Konzept umgesetzt werden solle und was er sich unter Radschnellwegen vorstellen dürfe.

Die Umsetzung solle im Rahmen des Verkehrsentwicklungsplanes 2025plus erfolgen, so Herr Schmidt.

Zu den Radschnellwegen gäbe es derzeit noch keine konkreten Planungen. Hierzu werde es Gespräche mit der Regionalplanung geben, welche Strecken/Verbindungen sich für Radschnellwege eignen könnten.

Herr Klaudius möchte wissen, wie man in Zukunft die hohe Anzahl an Unfällen mit Radfahrern reduzieren könne.

Neben der Verbesserung der Radwegeverbindungen, der Wegweisungen und Einrichtung von weiteren Signalanlagen müssten sowohl die Pkw und Lkw Fahrer aber auch die Radfahrer weiter sensibilisiert werden. Die meisten Unfälle passieren beim Ab- und Einbiegen von Fahrzeugen und mit den Straßenbahnen.

Herr Reißig möchte wissen, ob der zweijährige Bericht durch externe Gutachter erstellt werde oder ob es sich dabei um einen internen Rapport handeln werde.

Dafür sei ein interner Rapport vorgesehen, der sich auf eine Vielzahl von vorliegenden Daten sowie die aktuell aufgelaufenen Daten beziehe, so Herr Schmidt.

Herr Barth interessiert sich für den Rückbau von Fahrleitungsmasten und das Anbringen der Fahrleitungen an Gebäuden, wie dies einst die Regel war.

Dies sei ein langfristiger Auftrag, der mit den Verkehrsbetrieben diskutiert und erarbeitet werden soll.

Ob und wie eine Umsetzung erfolgen werde, wird sich zu einem späteren Zeitpunkt zeigen. Fakt sei jedoch, dass es zunehmend schwerer wird, allen Anforderungen in den vorhandenen Verkehrsräumen gerecht zu werden.

Frau Lehmann erklärt, sie hätte eine Bürgerbenachrichtigung erhalten, welche um Ergänzung einer Maßnahme in Anlage 6, als Maßnahme 698a, bittet. Begründung sei der schlechte Zustand des Fahrbahnbelages der zu ersetzen sei, ebenso sollen Haltestellenkaps an den Bedarfshaltestellen Eingangs der Rudolf-Renner-Straße eingerichtet werden. Die zu ergänzende Maßnahme solle als 698 a aufgenommen werden. Dazu habe Sie einen Antrag vorbereitet.

Herrn Nitzsche erscheinen verschiedene aufgeführte Maßnahmen im Vorlagentext als zu unpräzise, so zum Beispiel die Information der Einzelhändler zur Aufstellung von Fahrradbügeln sowie die Aufstellung von je zwei Bügeln aller 50 m. Die Zweckmäßigkeit erscheint ihm zweifelhaft. Er werde dazu einen Antrag zur Ergänzung des Beschlusses der Vorlage stellen, so dass die Ortsbeiräte/Ortschaftsräte vor der Errichtung von Bügeln angehört werden müssten.

Die Einzelhändler könnten sich bei der Landeshauptstadt Dresden informieren, welche Fahrradbügel wo im öffentlichen Verkehrsraum integriert werden könnten. Gemäß dem Leipziger Modell übernimmt das Straßen- und Tiefbauamt einmalig die Investitionskosten dafür, so Herr Schmidt.

Der Abstand von 50 m zum Anbringen von Fahrradbügeln sei ein Richtwert, der auf Erfahrungswerten beruhe nicht eine fest vorgegebene Größe.

Mobile Fahrradbügel würden beim Straßen- und Tiefbauamt vorgehalten und könnten, wie zum Dresdner Stadtfest bereits erfolgt, zu bestimmten Anlässen temporär eingesetzt werden.

Eine Anhörung zu größeren Fahrradabstellanlagen sei unstrittig, eine Anhörung für neue Bügel in geringer Anzahl sprengt jedoch seiner Meinung nach den Verwaltungsaufwand und den Zeitrahmen.

Herr Jähnecke kann dies nur unterstreichen, der Vorschlag von Herrn Nitzsche sei bürokratisch und unrealistisch. Die Verhältnismäßigkeit solle gewahrt bleiben.

Herr Reißig möchte wissen, ob die Möglichkeit der Installation von Fahrradbügeln für Vereine ebenso bestünde, wie für den Einzelhandel.

Dies müsse geprüft werden, insbesondere ob Möglichkeiten auf dem eigenen Gelände vorhanden seien. Die Landeshauptstadt Dresden stünde diesbezüglich gern beratend zur Verfügung, so Herr Schmidt.

### **Antrag Frau Lehmann - Ergänzung als Beschlusspunkt 3:**

**In die Maßnahmenliste ist die neue Maßnahme 698a, Rudolf-Renner-Straße zwischen Emil-Ueberall-Straße und Kesselsdorfer Straße aufzunehmen. Mangelhaft ist die schlechte Fahrbahnoberfläche neben den Straßenbahnschienen. Als Maßnahme ist die Oberfläche zu sanieren; es sind Haltestellenkaps einzurichten oder Schutzstreifen zu markieren. Die Priorität sollte mit „2“ eingestuft werden.**

**Abstimmung: 20 Ja 0 Nein 0 Enthaltungen**

**Antrag Herr Nitzsche - Ergänzung als Beschlusspunkt 4:**

**Bevor an einem kommunalen Standort mehr als vier Fahrradbügel aufgestellt werden, ist der jeweilige Ortsbeirat bzw. Ortschaftsrat anzuhören. E 5.1.4.**

**Abstimmung: 10 Ja 8 Nein 2 Enthaltungen**

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Stadtrat beschließt die Umsetzung des Radverkehrskonzeptes der Landeshauptstadt Dresden (Anlage 1).
2. Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis, dass die Umsetzung des Radverkehrskonzeptes der Landeshauptstadt Dresden entsprechend der finanziellen und personellen Möglichkeiten des Geschäftsbereiches Stadtentwicklung, Bau und Verkehr in den Haushaltsplan eingeordnet wird.
3. **In die Maßnahmenliste ist die neue Maßnahme 698a, Rudolf-Renner-Straße zwischen Emil-Ueberall-Straße und Kesselsdorfer Straße aufzunehmen. Mangelhaft ist die schlechte Fahrbahnoberfläche neben den Straßenbahnschienen. Als Maßnahme ist die Oberfläche zu sanieren; es sind Haltestellenkaps einzurichten oder Schutzstreifen zu markieren. Die Priorität sollte mit „2“ eingestuft werden.**
4. **Bevor an einem kommunalen Standort mehr als vier Fahrradbügel aufgestellt werden, ist der jeweilige Ortsbeirat bzw. Ortschaftsrat anzuhören. E 5.1.4.**

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung mit Ergänzung  
Ja 20 Nein 0 Enthaltung 0

**3 Mündliche Information zum Sachstand Plan Hochwasservorsorge**

Die Ortsamtsleiterin begrüßt Herrn Dr. Ullrich, Abt. Kommunaler Umweltschutz im Umweltamt, und übergibt ihm das Wort zur Vorstellung des aktuellen Standes „Plan Hochwasservorsorge“.

Herr Dr. Ullrich gibt zunächst einen kurzen Abriss zu den Hochwasserereignissen seit 2002. Damals offenbarten sich die Defizite, die die Landeshauptstadt Dresden bezüglich des Hochwasserschutzes hatte.



Seit dieser Zeit wurden kontinuierlich an vielen Stellen der Stadt entsprechende Schutzmaßnahmen mit großem Erfolg durchgeführt. Bezüglich des Ortsamtes Cotta betraf dies am Stärksten die Maßnahmen der Landestalsperrenverwaltung am Flusslauf der Weißeritz. Aber auch am Weidigtbach und am Gorbitzbach wurden Maßnahmen durchgeführt, am Zschonergrundbach sei die Einrichtung von Revisionsflächen in Planung.

Bezüglich der Elbe gab es vier Hauptmaßnahmen zum Hochwasserschutz. So wurden erhebliche Deichbaumaßnahmen durchgeführt, in Stetzsch das Pumpwerk errichtet, es wurden Grundwasserbeobachtungssysteme errichtet und Kleingärten im Überschwemmungsgebiet zurück gebaut.

Frau Opitz beklagt den Bewuchs des Flussbettes der Weißeritz besonders im Bereich Plauen und möchte wissen, warum dieser nicht beseitigt würde.

Herr Dr. Ullrich erklärt, dass die Weißeritz durch die Landestalsperrenverwaltung verwaltet und betreut werde. Das Umweltamt könne nur darauf hinweisen, was bereits geschehen sei. Der Bewuchs sei eine Erscheinung die immer wieder auftreten werde.

Frau Schreiber möchte wissen, wie sichergestellt sei, dass bezüglich der Weißeritz ein Hochwasser vollständig aufgenommen werden könne. Sie begründet ihre Frage mit dem nur noch knappen Durchlass beim Hochwasser 2013.

Auch hier verweist Herr Dr. Ullrich auf die Landestalsperrenverwaltung. Er erläutert außerdem die Maßnahmen, die im Bereich der Malter getroffen wurden.

Herr Berauer beklagt, dass bei Starkregenereignissen das Wasser und auch Schlamm von den Feldern z. B. aus Mobschatz große Schäden in den Hang- und Tallagen anrichten würde.

Herr Dr. Ullrich erklärt, dies sei tatsächlich nicht unproblematisch. Im wesentlichen sei dies jedoch ein privatrechtliches Problem.

#### **4 Informationen, Hinweise und Anfragen - aktuelle Informationen zum Thema Asyl**

Die Ortsamtsleiterin macht darauf aufmerksam, dass die aktuellen Informationen zum Thema Asyl wie vereinbart per Mail verteilt wurden.

Weiterhin gibt sie bekannt, dass die Löbtauer Arbeitsgruppe „Ausbildung und Arbeit“ des Netzwerkes „Willkommen in Löbtau“ am 20. Dezember 2016 durch den Oberbürgermeister mit dem ersten Dresdner Integrationspreis ausgezeichnet wurde.

Die Ortsamtsleiterin gibt bekannt, dass die 22. Sitzung des Ortsbeirates am 02. Februar 2017, erst um 19.00 Uhr stattfinden werde. An diesem Tag würde im Gymnasium Süd/West von 16.00 bis 19.00 Uhr ein „Tag der offenen Tür“ stattfinden, zu dem alle Ortsbeiräte eingeladen seien. In der Sitzung werde dann auch das Thema „Namensgebung Gymnasium Süd/West“ auf der Tagesordnung stehen.

Die Ortsamtsleiterin gibt bekannt, das am 22. Dezember 2016 die Merbitzer Straße wieder für den Verkehr freigegeben worden sei. Die Straße habe nunmehr einen durchgehenden Gehweg sowie zwei behindertengerechte Bushaltestellen. Die Kosten beliefen sich auf 750000 €.

Am 16. Dezember 2016 sei außerdem die neuen Spielstätten des TJG mit einem Festakt eröffnet wurden.

Herr Barth wird in Vertretung des abwesenden Herrn Hase die Niederschrift dieser Sitzung unterzeichnen.

Anfragen von Herrn Barth und Herrn Blödner zu Lichtsignalanlagen könnten über das Ortsamt oder direkt an das Fachamt abgegeben werden, so die Ortsamtsleiterin.

Irina Brauner  
Vorsitzende

Ute Marbach  
Schriftführerin

Frau Schiemann

Herr Barth